

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/031

Der weltweit inszenierte Corona-Wahn der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Es ist einfacher, Menschen zu täuschen, anstatt sie davon zu überzeugen, daß sie getäuscht worden sind.

Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/46-49): >>>**Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"**

Von Gerhard Wisnewski

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekanntem Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. "Die Vier sind pumperlgsund, haben keine Symptomatik, sind fieberfrei, husten nicht", berichtete Chefarzt Clemens Wendtner über vier isolierte Patienten im Schwabinger Krankenhaus: "Denen ist so langweilig, daß sie uns ständig mit der Entlaß-Frage nerven". Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund

25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. Auch bei Corona wurde umgehend nach einem neuen Vakzin gesucht, während Politiker die Öffentlichkeit vertrösteten, es könne "drei bis fünf Monate dauern, bis ein Impfstoff entwickelt ist" (bild.de, 30.01.2020). Laut Münchner Merkur könnte es sogar ein "ungewöhnlicher Medikamentencocktail" tun: "Demnach wurde eine mit dem Coronavirus infizierte Frau aus China mit einer Mischung aus Grippe- und HIV-Medikamenten behandelt. Der Zustand der Frau habe sich daraufhin drastisch verbessert.

Innerhalb von 48 Stunden nach der Gabe des Medikamenten-Cocktails sei der Virus dann nicht mehr nachweisbar gewesen." Donnerwetter: Vielleicht weil sie tot war? Denn "verabreicht worden sei der Frau eine Mischung aus den bei HIV-Erkrankungen eingesetzten Wirkstoffen Ritonavir und Lopinavir, sowie dem Grippe-Mittel Oseltamivir" (online, 2.2.2020). Was für eine phantastische Geschäftsidee: Einfach mehrere Aids- und Grippe-Mittel auf einmal essen lassen! So wird man zum Müllschlucker der Pharmaindustrie!

Doch wir waren bei der Impfung: Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit

aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. So wurden durch die von dem WHO-SAGE-Komitee geschürte Schweinegrippen-Hysterie exakt die Aktienkurse jener Unternehmen "geimpft" beziehungsweise "gedopt", die in der SAGE Beobachterstatus haben. Die Papiere hatten das auch bitter nötig. So waren die Anteilsscheine von Novartis und GlaxoSmithKline bis kurz vor "Ausbruch" der Schweinegrippe kräftig abgeschmiert. Seit März 2009 aber breitete sich das Schweinegrippevirus, Influenza A (H1N1) beeindruckend schnell aus, so damals die Deutsche Welle (online, 12.6.2009). Und seit März 2009 stiegen auch beeindruckend schnell die Kurse von Novartis und GlaxoSmithKline.

Impfstoffe für alle!

An der Sitzung vom 7. Juli 2009 zum Beispiel, die über die weitere Impfstrategie der WHO für die kommenden Monate entscheiden sollte, nahmen mindestens zwei Dutzend Impfstoffkocher teil, neben jenen von Novartis und GlaxoSmithKline auch welche von Baxter, Sanofi Pasteur sowie von diversen Pharmadachverbänden. Unter den Augen der Vertreter dieser Milliarden-Industrie kamen die SAGE-Mitglieder zu dem lapidaren Schluß: "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!

Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! Kurz: Die für jedermann ebenfalls offensichtlich harmlose "Schweinegrippe" war bis dahin die größte und bisher aggressivste Marketingkampagne für Impfstoffe und fragwürdige Grippemittel, die dieser Planet jemals gesehen hat. Ja, das "Marketing" hätte sogar so weit gehen können, das Produkt den "Konsumenten" gleich zwangsweise zu verabreichen - nämlich im Rahmen einer Zwangsimpfung (die inzwischen bei der sogenannten "Masernimpfung" verwirklicht wurde). Ein Traum für jeden Hersteller.

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein, denn in ihrer "Pandemic (H1N1) 2009 briefing note 2" über das Meeting bekannte sie ohne jedes Unrechtsbewußtsein: "Da bei der Produktion von einigen Impfstoffen neue Technologien zur Anwendung kommen, die bisher nicht intensiv auf ihre Sicherheit in Bezug auf bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgewertet wurden, ist eine bestmögliche Beobachtung nach der Vermarktung sehr wichtig."

Ja, Sie haben richtig gelesen:

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.
2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie?

Dieser Zusammenhang gilt in den beiden skandinavischen Ländern inzwischen als naheliegend. Ja, nicht nur das: Daß zwischen dem Impfstoff "Pandemrix" (GlaxoSmithKline) und Narkolepsie "ein direkter Zusammenhang besteht", sehe die finnische Gesundheitsbehörde sogar "als erwiesen an", schrieb die österreichische Tageszeitung "Die Presse" (Online) am 22. Februar 2012. Inzwischen lagen die Zahlen auf dem Tisch. Während ein Impfschutz "nicht

nachweisbar" gewesen sei, sei in Finnland "ein mehr als zwölfmal höheres Narkolepsierisiko bei mit Pandemrix geimpften Kindern festgestellt" worden. Die jungen Leben lägen "in Trümmern", schrieb "Die Presse".

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.

In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.

Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>**Durch Corona-**

Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>Trotz Corona:

Weniger Tote in NRW als im Vorjahr

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>Die Welt danach

Die Abstandsgesellschaft führt nicht nur zu einer Vereisung der zwischenmenschlichen Kontakte - der Staat greift auch massiv in unsere Freiheitsrechte ein. Eine Übersicht.

_ von Pführinger/Klemm/Grassmann

App: digitale Fußfessel

Freizügigkeit und Reisefreiheit - das war einmal. In Vorbereitung ist eine App, die Bewegungsprofile von jedem Nutzer erstellt. Sie spürt uns beim Betreten von Stränden, Kirchen oder anderen verbotenen Orten auf und zwingt uns in die Quarantäne, wenn wir den gesetzlich verordneten Mindestabstand nicht einhalten. Schon jetzt wertet das Robert-Koch-Institut (RKI) massenhaft die Handys der Bürger aus. Bedenklich ist dabei, wie freigebig die Mobilfunkriesen mit den Daten ihrer Kunden umgehen.

Über den Apple-Kartendienst und anhand der Bewegungsaufzeichnung der Telekom können die führenden Virologen problemlos überwachen, in welchem Maß sich die Bevölkerung an die staatlich auferlegten Corona-Maßnahmen hält. Eine sogenannte Tracing-App könnte jetzt noch tiefere Einblicke in das Privatleben der Bürger ermöglichen.

Die Initiative PEPP-PT hat eine solche App programmiert und im April den Regierungen aller EU-Staaten anempfohlen. PEPP-PT ist die Abkürzung für Pan-European Privacy-Preserving Proximity Tracing. Hinter dem sperrigen Namen steckt ein Team von über 130 Wissenschaftlern und Technologen, die sowohl für staatliche Behörden als auch für internationale Institutionen und Großkonzerne arbeiten.

Im Gegensatz zum oft synonym verwendeten Tracking wird beim Tracing der Standort des Überwachten nicht in Echtzeit übermittelt. Für Freiheitsliebende ist das jedoch nur ein schwacher Trost. Denn aufgezeichnet wird die vom App-Nutzer zurückgelegte Route trotzdem. Auf diese Weise will der Staat herausfinden, mit welchen Personen Infizierte Kontakt gehabt haben und wer sich deshalb umgehend in Quarantäne begeben oder sich einem Test unterziehen muß. "Es muß unser Ziel sein, jede Infektionskette verfolgen zu können. Dafür arbeiten wir ja auch an einer App", erklärte Kanzlerin Merkel bei einer Pressekonferenz am 15. April.

Was, wenn wir die heruntergeladene App nicht mehr los werden?

Bis dato heißt es, das Herunterladen solle freiwillig sein - nur Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hat bereits eine App-Pflicht ins Spiel gebracht. Experten gehen davon aus, daß zwei Drittel der Telefonkunden mitziehen müßten, damit das Tracing Erfolg hat - also genauso viele wie bei WhatsApp. Aber was passiert, wenn ein Teil der Bevölkerung sich weigert? Mit welchen Strafen werden die Download-Verweigerer dann belegt? Völlig unklar ist auch, wie lange die Überwachungstechnik auf den Smartphones der Bürger verbleiben soll. Schließlich kann es immer wieder zu Grippewellen kommen, auch zur neuerlichen Ausbreitung von Coronaviren. Was, wenn wir die einmal heruntergeladene App nicht mehr loswerden?

Zwangsimpfung: Körperverletzung

"Darf der Staat das? Darf er einem Säugling gegen den Willen der Eltern abgeschwächte Viren injizieren, die eine Hirnhautentzündung auslösen können? Das Risiko, daß die Masernimpfung eine derartige Schädigung nach sich zieht, ist zwar verschwindend gering. ... Doch so gering das Risiko auch sein mag, und sei es nur für leichtere Reaktionen wie Fieber und Ausschlag, es bleibt die Grundsatzfrage: Hat der Staat das Recht, die Gesundheit Einzelner aufs Spiel zu setzen, um die Gesundheit vieler zu schützen?"

So kommentierte *Die Zeit* im Oktober 2019 die Masernimpfpflicht für Schüler und Kitakinder, die schließlich beschlossen wurde. "Dieser bußgeldbewehrte Zwang kollidiert mit drei Verfassungsgarantien: dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Erziehungsrecht der Eltern und der Menschenwürde", resümierte das Blatt.

Bei Corona drohte die Kanzlerin, Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen müßten so lange gelten, "bis es einen Impfstoff gibt". Doch die bloße Existenz eines Impfstoffes bringt diesen noch nicht in den Körper eines Menschen. Im Klartext müßte die Botschaft der Kanzlerin also so übersetzt werden: Solange nicht ein Großteil der Bevölkerung die erforderliche Injektion erhalten hat, werden die drastischen Maßnahmen bestehen bleiben.

Die Kontrolle, ob sich jeder fleißig seinen Cocktail spritzen ließ, könnten dann möglicherweise die von Bill Gates höchstpersönlich in Auftrag gegebenen Hautchips übernehmen. Schon 2019 wollte er damit Länder in der Dritten Welt überwachen lassen. "Ein unsichtbares Quan-

tenpunkt-Tattoo könnte verwendet werden, um geimpfte Kinder zu identifizieren", hieß es damals in der Zeitschrift Science Alert.

Der Forscher Kevin McHugh lobte das Vorhaben: "In Bereichen, in denen Papierimpfkarten häufig verloren gehen oder gar nicht existieren und elektronische Datenbanken unbekannt sind, könnte diese Technologie die schnelle und anonyme Erkennung der Impfgeschichte von Patienten ermöglichen, um sicherzustellen, daß jedes Kind geimpft wird."

Hautchip: Ende der menschlichen Würde

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", heißt es im Artikel 1 des Grundgesetzes. Aber einige Menschen pfeifen drauf. *Der Westen* meldete schon im März 2015: "Es hört sich nach Science-Fiction an: Ein Mikrochip unter der Haut - und schon öffnet sich die Tür zum Büro. Nur ein Reiskorn groß ist das Teil, das sich schwedische Mitarbeiter unter die Haut pflanzen lassen können. ... Die Chips können bereits im Internet bestellt werden, mit steriler Spritze. Das schwedische Recht erlaubt es den Bürgern, das Einspritzen des Chips unter die Haut daheim im Badezimmer vorzunehmen."

Die Sparda-Bank verschenkt Hautchips als Prämie.

In Deutschland hat sich die Sparda-Bank um die Verbreitung der gruseligen Technologie verdient gemacht. Seit September gibt es ein Werbeangebot für Baufinanzierung - mit Mikrochip-Bonus. "Wer einen Kredit über mindestens 50.000 Euro aufnimmt, bekommt gratis einen eingesetzt", berichtete der Stern im März 2020. In Deutschland sollen bereits bis zu 3.500, im bevölkerungsarmen Schweden 3.000 Menschen das Teilchen implantiert haben - freiwillig. Die Vorteile für den Staat und die Pharmaindustrie in Zeiten der stimulierten Seuchenpanik liegen auf der Hand. Die Biotech-Firma Profusa plant einen Chip, der frühzeitig erkennen soll, ob jemand mit dem Coronavirus infiziert ist oder nicht. Die Forschung wird durch die Pentagonbehörde für militärische Forschung DARPA unterstützt.

Bargeldverbot: Angriff auf das Privatvermögen

"Bargeld ist schmutzig! Die Weisheit, die schon Kinder eingebleut bekommen, setzt sich in Corona-Zeiten auch bei den Erwachsenen in die Köpfe", unkte die Bild am Sonntag am 19. April. Laut einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman könnte der Anteil der Barzahlungen am gesamten Zahlungsverkehr im deutschen Einzelhandel bis 2025 auf 32 Prozent sinken. Schon jetzt werde etwa die Hälfte aller Transaktionen per Giro- und Kreditkarten sowie Apps getätigt. Corona forcieren den Trend hin zu bargeldlosem Zahlungsverkehr noch einmal, vermutet die international tätige Beratungsagentur mit Hauptsitz in New York.

Den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter seiner Präsidentin Christine Lagarde dürften solche Nachrichten freuen. Seit Ausbruch der Pandemie trommelt die Schwesterorganisation der Weltbank verstärkt für die Abschaffung von Geldscheinen und -münzen. Neuerdings wird dabei der Gesundheitsschutz als Argument ins Feld geführt. Doch geht es den Globalisten wirklich um das Wohl der Menschen?

Das erscheint mehr als fraglich. Forderungen nach einer Abschaffung oder gar einem Verbot des Bargelds gibt es schon seit Langem. "Die Zentralbanken könnten auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln", erklärte der frühere IWF-Chefökonom Kenneth Rogoff schon im November 2014 auf einer Veranstaltung des Ifo-Instituts in München.

Auffällig ist, daß der Währungsfonds erst im Januar dieses Jahres - also zu einer Zeit, als Corona ein im Wesentlichen auf die chinesische Stadt Wuhan beschränktes Problem war - die Empfehlung an die Notenbanken ausgegeben hatte, im Falle einer Rezession die Zinsen tief in den negativen Bereich zu drücken. Ohne Bargeldverbot hat die Maßnahme aber keinen Sinn: Wer auf dem Konto anspart, würde zwar bei Negativzinsen Verluste erleiden - doch könnte er das leicht umgehen, indem er Bares abhebt.

Statt eines direkten Verbots wird vom IWF auch ins Spiel gebracht, alle Barzahlungen mit

einem Aufschlag zu belegen. Allerdings sollten solche Maßnahmen schrittweise erfolgen, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, rät der Währungsfonds in seinem Papier vom Januar 2020 ausdrücklich.

Einschränkungen des Bargeldverkehrs wären "nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", meint der Staatsrechtler und frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier. Das in Wien ansässige Hayek Institut schreibt: "Diese Idee ist im Grunde nichts anderes als ein weiterer Angriff auf das Vermögen der Bürger", die ohnehin schon seit Jahren "unter stiller Enteignung durch die Entwertung ihres Sparguthabens durch niedrige Zinssätze und Inflation" litten. Bereits 2016 notierte der damalige FAZ-Mitherausgeber Holger Steltzner: "Beim Feldzug gegen das Bargeld geht es um mehr als das Bezahlen. ... Es geht um das Ende von Privatheit und selbstbestimmter Entscheidung, um Lenkung von Verhalten und um den Zugriff auf das Vermögen."

"Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich ... vergessen."

Christian Drosten

Einen medizinischen Grund für die Abschaffung des Bargeldverkehrs gibt es übrigens nicht. "Das auf dem Geldstück klebende Virus würde ich mal weitgehend vergessen", erklärte dazu Christian Drosten, Chefvirologe der Berliner Charité, in seinem NDR-Podcast.

_ Daniell Pföhringer ist COMPACT-Redakteur, Paul Klemm und Roy Grassmann sind regelmäßige Mitarbeiter unserer Zeitschrift.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2020 berichtete im April 2020 über die Corona-Krise: >>**Schutzmasken und Souveränität**

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte - wenngleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf "Made in Germany" - auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

_ *von Joachim Paul*

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise - und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die "borgomastri" (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore.

Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, daß nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der Breitbart-Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientaler am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: "Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi - nachträglich koloriert."

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand - ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, daß Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besser bietende Glücksritter verhöckert.

Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von "Wildwest-Methoden" und "Piraterie". Wenig später dementierte US-Hersteller M3, daß es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China ... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte - Güter von überschaubarem Wert - weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Als Gegengewicht zu Huawei muß Nokia im Markt gehalten werden.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden - und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotential geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein "Weckruf für Gesamteuropa".

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als "versorgungsrelevant" gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300 Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, daß Deutschland, einst "Apotheke der Welt", nach dem Motto "Hauptsache billig" in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an - und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin - Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf:

"Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, daß Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen." Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies - nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt "im Markt halten". Offenkundig dämmert einigen, daß die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen voraus. Die Chip-Produktion - und damit auch die Forschung - findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt.

Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe

sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, daß sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.

Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Daß sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätchen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, daß das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett "Made in Germany" nun neu gedacht werden muß - sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an - jahrhundertlang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.

Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft - durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs.

Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei - hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigt die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888-1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel "wegen Corona" wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden - in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik.

_ Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anlässlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von

morgen!

So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Generationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.

Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepräsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.

Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten bereits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:

- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).

Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Mai 2020: >>Immunitätsausweis: Datenschützer warnt vor Diskriminierung

Nach der AfD hat auch der Hamburger Landesbeauftragte für den Datenschutz, Johannes Caspar, vor den Plänen der Bundesregierung gewarnt, einen Corona-Immunitätsausweis einzuführen. Ein solcher Ausweis weise den "gefährlichen Weg in eine Diskriminierungs- und Entsolidarisierungsfalle", sagte Caspar dem 'Handelsblatt' (Dienstagsausgabe). Gesundheitsdaten "könnten über den Zugang zu Leistungen entscheiden und in der Konsequenz die Gruppe der Personen, die eine Immunität nicht nachweisen, vom öffentlichen Leben ausschließen".

Ein Ausweis für alle "als Eintrittskarte in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben würde am Ende gerade die Personen, die aus Altersgründen oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe gehören, am stärksten diskriminieren", so Hamburgs oberster Datenschützer weiter. Denn diese könnten aus Caspars Sicht nicht den Weg einer schnellen Immunität gehen. Das grundrechtlich verankerte Diskriminierungsverbot müsse unbedingt beachtet werden.

Nach Kritik: Spahn macht Rückzieher

Angesichts zunehmender Kritik will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vorerst doch keine gesetzliche Einführung eines Corona-Immunitätsausweises. Auch sprach er sich gegen eine allgemeine Impfpflicht aus, falls ein Impfstoff gegen das Covid-19-Virus gefunden werden sollte. "Die Frage, ob im Falle von Corona zusätzlich ein Immunitätsausweis sinnvoll ist, sollten wir als Gesellschaft in Ruhe abwägen und debattieren", erklärte der Corona-Totalversager jetzt. In einem Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Bundestag debattiert werden soll, hatte Spahn einen Immunitätsausweis noch ausdrücklich vorgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Mai 2020: >>**Danke, Merkel:**

Deutsche Wirtschaft stürzt ab wie nie!

Der Shutdown-Irrsinn reißt die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in den Abgrund: Deutsche Unternehmen haben ihre Produktion im März in schwindelerregender Rekordgeschwindigkeit gedrosselt.

Die Produktionsleistung von Industrie, Bau und Energieversorgern ging im März um dramatische 9,2 Prozent gegenüber dem Vormonat zurück. "Dies ist der stärkste Rückgang seit Beginn der Zeitreihe im Januar 1991", teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag mit. Der Einbruch der Volkswirtschaft übertrifft sogar die schlimmsten Befürchtungen der Ökonomen. Diese hatten mit einem Rückgang von "nur" 7,5 Prozent gerechnet.

Weil vom Shutdown-Irrsinn erst die zweite März-Hälfte betroffen war, ist nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums für April von einem nochmals deutlich stärkeren Produktionseinbruch auszugehen.

"Das Tal wird immer tiefer"

Die exportabhängige Industrie allein stellte im März 11,6 Prozent weniger her. Ihr brachen die Aufträge zuletzt in Rekordgeschwindigkeit weg: Sie fielen im März um 15,6 Prozent zum Vormonat. Die Industriebetriebe erwarten daher einen noch nie da gewesenen Einbruch ihrer Produktion.

Auch das Konjunkturbarometer des Münchner Ifo-Instituts für die kommenden drei Monate stürzte im April um noch nie da gewesene 30 Zähler auf minus 51,4 Punkte ab. Das ist zugleich der tiefste Punkt seit der Wiedervereinigung! "Das Tal der Produktion wird immer tiefer", resümiert Ifo-Experte Klaus Wohlrabe.

Danke, Frau Merkel!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Mai 2020 über das Corona-Krisenmanagement der deutschen Regierung: >>**Kritische Corona-Analyse: Innenministerium distanziert sich von Mitarbeiter**

BERLIN. Das Bundesinnenministerium (BMI) hat die Ausarbeitung eines Mitarbeiters zum Corona-Krisenmanagement der Regierung als dessen Privatmeinung zurückgewiesen. Er habe für seine Zusammenstellung "weder einen Auftrag, noch eine Autorisierung" erhalten, teilte das Ministerium am Sonntag mit.

Daß er für seine Untersuchung den offiziellen Briefkopf des Bundesinnenministeriums verwendet und das Gutachten über dienstliche Kommunikationskanäle verbreitet habe, sei nicht akzeptabel. "Auf diese Weise wird der Anschein erweckt, die Privatmeinung gebe die offizielle Auffassung einer Behörde wieder. Durch innerdienstliche Maßnahmen wurde zwischenzeitlich sichergestellt, daß der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI."

Der Oberregierungsrat hatte in einem gut 80seitigen Auswertungsbericht der Bundesregierung schwere Verfehlungen im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen. Ergänzt wird der Bericht durch einen rund hundertseitigen Anlagenband. Beide Dokumente liegen der JUNGEN FREIHEIT vor. Zuerst berichtet hatte über die Ausarbeitung des Ministeriumsmitarbeiters das Online-Portal *Tichys Einblick*.

"Corona-Krise ist Fehllarm"

In dem Anschreiben zu seinem Bericht erweckt der Verfasser den Eindruck, es handle sich um eine Ausarbeitung seines Referats, das für den Schutz kritischer Infrastrukturen im Innenministerium zuständig ist. Eine Analyse der Corona-Maßnahmen der Bundesregierung habe ergeben, daß es zu "gravierenden Fehlleistungen des Krisenmanagements" gekommen sei und sich die Corona-Krise "wohl als Fehllalarm" erweise.

Die Formulierung "Fehllalarm" kommt in der Analyse gleich mehrfach vor.

An anderer Stelle heißt es: "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehllalarm handelt."

Durch den neuen Virus habe vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das zeige das "übliche Sterbegeschehen" in Deutschland. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren).

Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt. (innerhalb eines Vierteljahres weltweit nicht mehr als 250.000 Todesfälle mit Covid-19, gegenüber 1,5 Mio. Toten während der Influenzawelle 2017/18). Die Gefahr ist offenkundig nicht größer als die vieler anderer Viren. Wir haben es aller Voraussicht nach mit einem über längere Zeit unerkannt gebliebenen globalen Fehllalarm zu tun."

"Alarmismus muß eingestellt werden"

Der durch die Corona-Maßnahmen verursachte Kollateralschaden sei inzwischen "gigantisch" und höher als der Nutzen. Ein großer Teil dieses Schadens werde sich zudem erst noch in der Zukunft zeigen. Dies könne nicht mehr verhindert sondern nur noch begrenzt werden.

Der Autor rät deshalb dringend dazu, den Lockdown zu beenden: "Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen, sowie die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten und Initiativen, die als ursprüngliche Schutzmaßnahmen den Kollateralschaden bewirken, aber inzwischen jeden Sinn verloren haben, sind größtenteils immer noch in Kraft. Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden."

Beendet werden müßten jedoch nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet und als Alarmismus wahrgenommen werde. "Dieser Alarmismus muß unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen, als den ersten."

"Staat als Fake-News-Produzent"

Der Bundesregierung stellt der Referent in der Corona-Krise ein denkbar schlechtes Zeugnis aus: "Die Defizite und Fehlleistungen im Krisenmanagement haben in der Konsequenz zu einer Vermittlung von nicht stichhaltigen Informationen geführt und damit eine Desinformation der Bevölkerung ausgelöst. (Ein Vorwurf könnte lauten: Der Staat hat sich in der Corona-Krise als einer der größten Fake-News-Produzenten erwiesen.)"

Daher werde die schwierigste Aufgabe auch sein, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen. "Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat, der für diese wichtige Leistung legitime Eingriffe und Einschränkungen vornehmen darf. Dieser Staat hat in der Corona-Krise in geradezu grotesker Weise versagt. Er muß, wenn er Vertrauen wiedergewinnen will, nicht nur umkehren, sondern offen mit seinen Fehlleistungen umgehen, sie einräumen und aufarbeiten", fordert der Autor. Sonst würde dem Staat und dem politischen System möglicherweise die eingetretenen systemischen Fehler nicht nachgesehen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Mai 2020: >>Experte befürch-

tet bis zu 5 Millionen Arbeitslose

Der renommierte Insolvenzspezialist Biner Bähr aus Mönchengladbach erwartet infolge des Shutdown-Irrsinns eine riesige Pleitewelle. "Seit 2010 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland kontinuierlich gesunken, bis auf knapp 19.000 im vergangenen Jahr. Das wird sich jetzt rapide ändern", sagte Bähr der 'Rheinischen Post' (Düsseldorf). Er rechnet für das kommende Jahr mit mehr als 30.000 Unternehmensinsolvenzen und einer Arbeitslosenzahl zwischen vier und fünf Millionen. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht durch die Bundesregierung sei zwar in der gegenwärtigen Lage sinnvoll, aber die Gefahr einer Insolvenzwelle werde dadurch nicht gebannt, sondern nur in die Zukunft verschoben.

Bähr befürchtet: "Viele Unternehmen werden die Umsätze, die ihnen durch die Schließungen entgehen, nicht oder nicht ganz nachholen können." Gleichzeitig würden die Verbindlichkeiten bestehen bleiben, mahnte der erfahrene Insolvenzverwalter und Rechtsanwalt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Mai 2020: >>Ein Corona-Dossier aus dem BMI, das es nicht geben durfte:

"Es war ein Fehlalarm!"

Was folgt als Nächstes? Seine Zwangseinweisung als "Corona-Leugner" in eine Geschlossene? Ein inzwischen beurlaubter Fachreferent im Bundesinnenministerium (BMI) von Horst Seehofer (CSU) soll mit allen Mitteln mundtot gemacht werden. Weil er die Notwendigkeit für den Shutdown-Irrsinn massiv in Zweifel gezogen hat.

Das "Corpus Delicti" ist eine fundierte Analyse. Sie ist gut 80 Seiten lang, geschrieben auf dem offiziellen Briefpapier des Bundesinnenministeriums. Der Mainstream schweigt das brisante Dossier weitgehend tot. Und wenn es doch Erwähnung findet, dann so, daß der Verfasser als skurriler Eigenbrötler, als "Corona-Leugner" gar erscheint. Mit anderen Worten: Eigentlich gehört der Mann in die Klappe.

Die Gründe liegen auf der Hand: Die Corona-Maßnahmen waren aus Sicht des sachkundigen und untadeligen Fachbeamten K., immerhin Referent im Referat "KM 4: Schutz Kritischer Infrastrukturen Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat", völlig unangemessen!

In den regierungstreuen Medien des Landes liest sich das Ganze allerdings so:

n-tv: "Ein Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums (BMI) hat auf eigene Faust eine Analyse zum Umgang der Bundesregierung mit dem neuartigen Coronavirus erstellt und versendet - an einen großen Verteiler mit Empfängern sowohl innerhalb als auch außerhalb der Seehofer-Behörde. Pikant: Die Thesen des Papiers, das am Wochenende auf dem rechtskonservativen Blog 'Tichys Einblick' veröffentlicht wurde, widersprechen der Haltung des Ministeriums diametral."

spiegel.de: "Das Bundesinnenministerium von Horst Seehofer (CSU) muß sich mit einem pikanten Vorgang im eigenen Haus beschäftigen. Ein Referent des Ministeriums hat, ohne dafür einen Auftrag bekommen zu haben, ein Papier zur Coronakrise verfaßt - das im völligen Widerspruch zur Haltung des Ministeriums steht. Das gut 80 Seiten umfassende Papier soll er nach 'Spiegel-Informationen' sowohl intern wie extern an einen großen Verteiler verschickt haben. Am Wochenende landete es dann auf der rechtskonservativen Seite 'Tichys Einblick' - wo der Referent als eine Art Whistleblower dargestellt wird."

focus-online: "Deutschlandweit gehen Menschen auf die Straße, um gegen die Maßnahmen im Zuge der Coronavirus-Pandemie zu demonstrieren. Viele von ihnen angetrieben von Menschen, die eine große Verschwörung hinter all dem vermuten. Nun kommt ausgerechnet aus dem Innenministerium ein brisantes Papier - verfaßt von einem offensichtlich Corona leugnenden Mitarbeiter."

Die Mainstream-Medien mögen es drehen und wenden, wie sie wollen - Fakt ist:

Der Ministerialbeamte hat seine Analyse unter den Augen zahlreicher Stellen des Bundesinnenministeriums erarbeitet. Sein Verteiler reicht im BMI bis zum Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und umfaßt gut 30 Personen, darunter allein 9 im Krisenstab des BMI. Das

Deckblatt weist aus, daß die verschickte Fassung 2.0.1 vom 7. Mai auf einer Fassung vom 25. April 2020 beruht. Der Referent hat also über lange Zeit gearbeitet. Die Zahl der Personen und Stellen, die daran aktiv oder passiv beteiligt waren, ist dementsprechend groß. Die Bitte des Fachbeamten, den Alarmruf dem Minister vorzulegen, wurde ohne Prüfung des Inhalts abgelehnt. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

Die zentralen Aussagen der Analyse lauten:

- "Die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von Covid-19 lassen keine ausreichende Evidenz dafür erkennen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als um einen Fehlalarm handelt."

- "Durch den neuen Virus bestand vermutlich zu keinem Zeitpunkt eine über das Normalmaß hinausgehende Gefahr für die Bevölkerung", heißt es weiter. "Es sterben an Corona im Wesentlichen die Menschen, die statistisch dieses Jahr sterben, weil sie am Ende ihres Lebens angekommen sind und ihr geschwächter Körper sich beliebiger zufälliger Alltagsbelastungen nicht mehr erwehren kann (darunter der etwa 150 derzeit im Umlauf befindlichen Viren)." Zu den ergriffenen Maßnahmen schrieb der Ministeriumsmitarbeiter demnach: "Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen."

Mehrere höherrangige Beamte und auch die unmittelbaren Vorgesetzten von K. hatten ganz offensichtlich weder Zeit noch Lust, den langen Bericht des hauseigenen Corona-Rebellen zu lesen - geschweige denn das Rückgrat, das gut 80 Seiten umfassende Dossier der politischen Leitung vorzulegen. Sie ließen das Papier im Bermudadreieck der Ministerialbürokratie verschwinden. Bis sich K., der nicht länger schweigen konnte und wollte, ein Herz faßte und den Weg in die kritische Öffentlichkeit der alternativen Medien ging.

Früher (lang ist's her), da gab es einmal ein politisches Magazin aus Hamburg, das aus diesem hochbrisanten Stoff eine Titelstory gemacht hätte. Da war der 'Spiegel' noch ein Nachrichtenmagazin, das "Sturmgeschütz der Demokratie" (Gründer Rudolf Augstein) - und kein von Bill Gates gesponsertes, regierungstreues Gerüchtemagazin!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>Mit Vollgas in die Schuldenunion: Merkel und Macron beschließen weiteres Milliarden-Programm

Deutschland und Frankreich wollen über die Köpfe der anderen EU-Partner hinweg ein gemeinsames europäisches Corona-Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Stützung vor allem südeuropäischer Länder durchsetzen - zusätzlich zu den bereits angekündigten Milliarden-Programmen von EZB und EU. Das gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gestern auf einer gemeinsamen Videokonferenz bekannt.

Neu ist: Zur Finanzierung sollen die Mitgliedstaaten erstmals gemeinsame Schulden über die EU-Kommission aufnehmen und füreinander haften - der letzte Schritt auf dem Weg in die Schuldenunion! Die deutschen Steuerzahler müßten entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt mit rund 135 Milliarden Euro bürgen.

Die 500 Milliarden Euro sollen unmittelbar und nicht rückzahlbar (!) an die wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder fließen, also vor allem an Italien und Griechenland. Das Geld soll sich die EU-Kommission an den Finanzmärkten leihen und in den kommenden Jahren über den EU-Haushalt tilgen.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Alle Mitgliedstaaten, also auch Österreich, Polen und Ungarn, müssen zustimmen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>Corona schmilzt wie Butter in der Frühlingssonne

Corona ist weiter auf dem Rückzug: Insgesamt gibt es in Deutschland nach Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) aktuell noch rund 11.500 aktive Fälle (Stand 19.5., 0.00 Uhr). Die Gesamtzahl der im Verlaufe der Epidemie bestätigten Infektionen stieg zwar geringfügig auf 175.210, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Genesenen doppelt so schnell auf aktuell 155.700

Personen. Die Zahl der angeblich in Zusammenhang mit dem Virus stehenden Todesfälle erhöhte sich moderat um 72 auf 8.007.

Guck an: Inzwischen wachsen auch in den Mainstream-Medien die Zweifel am Shutdown-Irrsinn. "War der Lockdown wirklich nötig? Wäre es nicht auch ohne gegangen?", fragt die 'Bild-Zeitung' und stellt folgende Betrachtung an: "Was passiert, wenn KEINE zweite Welle kommt? In diesem Fall müßte sich die Politik für all das rechtfertigen, was ihre Maßnahmen zur Folge hatten: Zehntausende Unternehmen vor der Pleite, die Massen in Kurzarbeit, ein monatelanger Ausnahmezustand. Die Existenzen von Millionen Bürgern wären umsonst geopfert, ihre Grundrechte umsonst eingeschränkt worden. Ein politischer Super-GAU ... Bislang trat keines der Angst-Szenarien ein.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Mai 2020 (x887/...):

>>**Guter Virologe, böser Virologe**

Bei der Auseinandersetzung um Lockdown und Corona werden die Urteile der Experten ganz unterschiedlich gewichtet. Viel hängt ganz davon ab, welchen politischen Lagern sie nützlich sind

Wolfgang Kaufmann

Der eine gilt als "Sonnyboy unter den Virologen", welcher jede Menge Zuversicht verströme, der andere als "oberster Mahner", in dessen Blick stets "etwas Düsteres" liege. Dennoch mutierte der Letztere zum erklärten Liebling der Medien. So titelte der "Focus" unlängst, er sei ein "Glücksfall" für uns alle. "Die Zeit" setzte über sein Konterfei die Frage: "Ist das unser neuer Kanzler?" Und Julia Werner von der "Süddeutschen Zeitung" schwärmte gar von den "sinnlichen Lippen" des dunkelhaarigen "Sex-Symbols".

Die Rede ist von Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie an der Berliner Universitätsklinik Charité. Die Rolle des blonden Optimisten, vor dessen Namen sich indes immer öfter das Wort "umstritten" findet, spielt dahingegen der Direktor des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Bonn, Hendrik Streeck.

Die eindeutig positivere Darstellung Drostens resultiert offensichtlich daraus, daß der Bundesverdienstkreuz-Träger den politischen Entscheidern nach dem Munde redet, die von den Medien als die besten Corona-Krisenmanager hingestellt werden - allen voran Kanzlerin Angela Merkel und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Beispielsweise lobte Drosten die "Nachdenklichkeit" und Führungsstärke der "extrem gut informierten" Regierungschefin. Ebenso verteidigt er die ergriffenen Maßnahmen und spricht sich gegen starke Lockerungen sowie für die Einführung einer Telefon-App zur Kontaktverfolgung von Infizierten aus - ein Lieblingsprojekt von Merkels Gesundheitsminister Jens Spahn.

Drosten lag schon einmal falsch

Dabei ist Drosten nicht so kompetent, wie es der "Focus" suggerierte, als er titelte, mit dem "Corona-Professor" besitze "Deutschland den besten Mann für die Virus-Krise". Denn der hat nach eigenen Worten ein recht gespaltenes Verhältnis zu Zahlen und lag schon einmal gewaltig daneben, als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Juni 2009 eine Schweinegrippe-Pandemie verkündete.

Damals rief Drosten höchst dramatisch dazu auf, sich impfen zu lassen, und prophezeite eine folgenschwere Krankheitswelle, zu der es jedoch nie kam. Größter Gewinner der durch solche Alarmrufe ausgelösten Panik war der Pharma-Riese GlaxoSmithKline, welcher Milliardensummen für Impfstoffe kassierte, die am Ende nicht benötigt wurden. Interessanterweise hatte Drosten fünf Jahre zuvor den GlaxoSmithKline-Förderpreis für Klinische Infektiologie erhalten.

Bemerkenswert sind auch Drostens ebenso häufige wie abrupte Kurswechsel in der Bewertung der Corona-Gefahr. So meinte er noch am 4. Februar, Normalbürger müßten sich keine großen Sorgen vor einer Ansteckung machen. Das brachte ihm zunächst den Spitznamen "Bundesberuhigungspille" ein. Fünf Wochen später hielt er dann plötzlich eine Infektion von

60 bis 70 Prozent der Bevölkerung und mehrere hunderttausend Tote für möglich, woraufhin Drosten nun "Wendehals" gescholten wurde.

Da war inzwischen aber auch die Bundesregierung aus dem Tiefschlaf erwacht und lechzte danach, Kompetenz auf dem Gebiet des Corona-Managements zu demonstrieren und die politische Opposition blaß aussehen zu lassen. Hierbei kam ihr der frischgebackene Alarmist Drosten, dessen Arbeit seit 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit zwei Millionen Euro bezuschußt worden war, gerade recht.

Der Virologe bot seither all jenen Politikern in Bund und Ländern Rückendeckung, die auf möglichst strenge Regeln setzten. Gleichzeitig begann nun auch Geld aus anderen Töpfen an Drostens Arbeitgeber zu fließen: Seit Anfang 2020 erhielt die Charité von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung 249.550 US-Dollar. Für öffentliches Unbehagen sorgt dabei die Information, daß die Stiftung des Milliardärs-Ehepaares ihre Einnahmen unter anderem aus der Beteiligung an Pharmariesen und Impfstoffherstellern wie GlaxoSmithKline und Novartis generiert.

Streeck paßt in Laschets Linie

Von Fördermitteln zur Unterstützung der Corona-Forschung profitierte indes auch Drostens sehr viel optimistischerer Gegenspieler Streeck. Allerdings kamen die 65.000 Euro für dessen Projekt nicht aus den USA, sondern vom Land Nordrhein-Westfalen. Und das hat ebenfalls ein Geschmäcke, denn der NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zählt zu jenen, welche sich nicht als harte "Corona-Sheriffs" à la Söder profilieren wollen, sondern als gütig-verständnisvolle Landesväter, die den Bürgern bald wieder maximale Freiheit "gewähren" möchten.

Deshalb kommt ihm das Ergebnis der Forschungsarbeit von Streeck sehr zupaß. Die jetzt der Öffentlichkeit vorgestellte Studie über das Infektionsgeschehen in der besonders stark betroffenen Gemeinde Gangelt im Kreis Heinsberg besagt, daß es eine ganz erhebliche Dunkelziffer bei der Zahl der Covid-19-Erkrankungen gebe, weswegen die Sterblichkeitsrate auch lange nicht so hoch sein könne, wie bisher angenommen: Selbst in Gangelt liege sie bei gerade einmal 0,37 Prozent.

Das ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Befürworter von Lockerungen wie Laschet, weswegen sofort der Vorwurf der "Auftragswissenschaft" laut wurde. Darüber hinaus ereiferten sich Beckmesser in Politik und Medien darüber, daß Streeck bei der Präsentation seiner Ergebnisse auf die Dienste der PR-Agentur *Storymachine* zurückgriff. Was man jedoch angesichts der medialen Omnipräsenz des Cassandra-Rufers Drosten, der sofort Kritik an der Heinsberg-Studie übte, durchaus nachvollziehen kann.

Andererseits ist es vielleicht doch richtig, daß Drosten eher hofiert wird als der Virologe, welcher bisher die meisten Corona-Infizierten in Deutschland untersucht hat. Möglicherweise weiß er ja mehr als Streeck und will uns mit seiner Düsternis schon einmal mental auf noch schlimmere Zeiten einstimmen. Schließlich erforscht der Berliner nicht nur das SARS-CoV-2-Virus, sondern auch das sehr viel gefährlichere MERS-CoV-Virus, das derzeit im Nahen Osten umgeht und ein Drittel aller Infizierten tötet. Nicht auszudenken, wenn es hier gleichfalls zu einer Pandemie käme.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die angebliche Corona-Pandemie (x356/2): >>Liebe Leser

Noch immer reiben sich viele Menschen die Augen und versuchen zu verstehen, wie ihnen in unserer Gesellschaft gerade geschieht. Aufgrund einer nicht besonders schweren grippeähnlichen Krankheit (laut offiziellem Narrativ), die man neuerdings, seit der Umdeklarierung durch die WHO vor einigen Jahren, auch ohne Vielzahl von Toten als "Pandemie" bezeichnen kann, werden weltweit die Menschen über Wochen und Monate zuhause "eingesperrt", die Geschäfte geschlossen und die Wirtschaft nahezu komplett heruntergefahren.

Wir werden überschwemmt mit Informationen, oft alarmierend und schockierend, oft wider-

sprüchlich und unlogisch. Da spricht man von einer verheerenden, weltweiten Pandemie durch ein gefährliches, gar tödliches Virus und dann sterben zwar Menschen, jedoch nicht flächendeckend und durch alle Altersgruppen hinweg, wie man dies bei einer Pandemie eigentlich erwartet, sondern konzentriert auf einige Gebiete und stets nur diejenigen, die vorher schon schwer krank und darüber hinaus bereits in einem sterbenahen Alter waren. Wie paßt das zusammen?

Von höchsten Stellen wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht unterschieden werde, ob die Opfer AN oder nur MIT diesem Virus verstorben seien. Also ein sich im Endstadium befindlicher Krebspatient im Alter von 92 Jahren, der kurz vor seinem Tod noch positiv auf Corona getestet wurde, fällt somit ebenfalls in die Sterbestatistik, die wiederum als Grundlage herangezogen wird, diese zerstörerischen Shutdown-Maßnahmen zu legitimieren. Wie kann das sein? In New York, dem weltweiten Epizentrum der "Corona-Krise", werden die Toten laut New York Times vom 14.04.2020 nicht einmal mehr auf Corona getestet, sondern nur noch durch "Einschätzung" hinzugezählt.

Wenn getestet wird, dann meist mit einem Verfahren, das weder ein amtliches Zulassungsverfahren durchlaufen hat, noch klinisch validiert ist. Laut einem Hersteller ist es auch nicht für diagnostische Anwendungen, sondern einzig für Forschungszwecke einzusetzen. Wie bitte? Dazu kommen Studien, die die Zuverlässigkeit dieses PCR-Tests in hohem Masse bemängeln und selbst Christian Drosten, der Leiter der Virologie in der Berliner Charité, teilt in einem Tweet mit:

"Klar: Gegen Ende des Verlaufs ist die PCR mal positiv und mal negativ. Da spielt der Zufall mit. ..." Auch die vermeintlich dramatische Zunahme der Anzahl Infizierter erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man gleichzeitig die Zunahme an Tests miteinbezieht. Werden nämlich heute aus 1.000 getesteten Personen 100 und in einer Woche aus 100.000 Personen 10.000 positiv und somit als Corona-Infizierte diagnostiziert, hat sich in diesem Zeitraum rein gar nichts verändert - außer der Anzahl getesteter Personen!

Die weltweiten Zahlen stammen übrigens von der Johns Hopkins Universität, die im Rahmen der "Coronakrise" in aller Munde ist, von der jedoch zuvor nur die Wenigsten gehört haben. Interessant wird es in diesem Zusammenhang, wenn man bedenkt, daß diese Universität aus finanzieller Sichtweise einen privaten Charakter hat: Die Bill & Melinda Gates Stiftung spendete der Universität mehr als sage und schreibe 880 Millionen Dollar.

Bill Gates, einst offiziell reichster Mensch der Erde, spricht sich gleichzeitig dafür aus, alle 7 Milliarden Menschen zu impfen. Grundlage dafür sind wiederum die Zahlen der besagten Johns Hopkins Universität. Wer da an einen Zufall glaubt. Wir alle erinnern uns, wie uns diese und weitere Zahlen in täglichen Schlagzeilen und abendlichen Nachrichten in alarmistischer Weise als Schocknachrichten verkauft wurden und wie damit in der Bevölkerung ein kollektiver Angstzustand geschaffen wurde, ohne den solch zerstörerische und drangsaliierende Maßnahmen wohl kaum möglich wären.

Man denke dabei nur an die komplette Lahmlegung der Weltwirtschaft (allein in Deutschland sollen laut Deutsche Unternehmerbörse erschreckende 39 % aller deutschen Unternehmen und sogar 50 % der Unternehmen aus besonders betroffenen Branchen, insolvenzbedroht sein!), die Schließung der meisten Geschäfte und Läden, die Ausgangs- und Kontaktsperren, das Wegsperrn der Alten, die Maskenpflicht und viele weitere Maßnahmen, deren wirtschaftliche, gesundheitliche und psychologische Folgen nicht annähernd absehbar sind.

Mit der Ausrufung des Pandemie-Notstands durch die WHO haben die Regierungen zahlloser Länder die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger kurzum aufgehoben und damit, jeglichen demokratischen Grundsätzen spottend, die eigene Macht ins schier Absolute ausgeweitet!

Mit dieser Ausgabe, liebe Leser, möchten wir Ihnen, in gewohnt kompakter Weise und auf nachprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen basierend, wichtige Informationen und

Sachverhalte zur WHO, zu ihren Verflechtungen mit der Pharmaindustrie und ihrer Abhängigkeit von Bill Gates, zu vergangenen "Pandemien", die keine waren, und zur heutigen "Corona-Krise" u.v.m. liefern, jedoch ohne dabei auf mögliche dahinterliegende Absichten und Agenden einzugehen.

Diese, aufgrund der aktuellen und zeitgeschichtlich so bedeutsamen Umstände wohl wichtigste aller bislang erschienenen Ausgaben, soll Sie dabei unterstützen, sowohl Menschen aus Ihrem eigenen Umfeld, wie auch Politiker, Beamte und andere Staatsangestellte auf die obgenannten und unzähligen weiteren behandelten Fragen aufmerksam zu machen. Dafür stellen wir die Digitalausgabe kostenlos zur freien Verfügung und Weiterverbreitung als PDF ins Netz. Sie finden diese auf unserem Telegram-Kanal und auf www.expresszeitung.com.

Falls Sie zusätzliche Exemplare dieser Ausgabe zur persönlichen Weitergabe wünschen, bieten wir Ihnen auch größere Mengen ab 10 Stück zum Selbstkostenpreis in unserem Online-Shop an.

Liebe Leser, wir erleben derzeit historische Momente und befinden uns am Anfang einer Zeitenwende, deren Dimension kaum überblickbar, deren Tragweite kaum faßbar und deren Konsequenzen für unser aller Leben kaum vorstellbar sind. Wegen der angeblich menschengemachten Klimakrise sprachen Greta Thunberg, ihre Vordenkerin Salomon (Siehe Ausgabe Nr. 27) und Co vom "brennenden Haus". Mit derselben Metapher ausgedrückt: Nun steht das Haus wirklich in Flammen und es ist Zeit, dies zu erkennen!

Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf! Wir haben die Preishürde für diese Ausgabe auf Null gesetzt, damit das Wissen größtmögliche Verbreitung findet. Um so mehr hoffen wir auf Ihren Beitrag dazu!

Das Coronathema wird uns jedenfalls auch in Zukunft beschäftigen. Entsprechend werden wir uns in den kommenden Ausgaben den damit verbundenen Auswirkungen widmen. (André Barmettler)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Weltgesundheitsorganisation "WHO" (x356/5): >>**Wie vertrauenswürdig ist die WHO?**

Wenn irgendwo auf der Welt Krankheiten ausbrechen, ist sie gefragt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die auch bei Corona die Zügel als globaler Befehlskörper in der Hand hält. In Genf, in der Schweiz, hat die WHO ihren Hauptsitz. 194 Staaten sind Mitglied der UN-Sonderorganisation. Über 7.000 Menschen arbeiten weltweit für sie. Am 11. März 2020 erklärte sie Corona offiziell zu einer Pandemie. Kritiker werfen der WHO jedoch vor, oft zugunsten der Pharmaindustrie und weniger zum Wohl der Menschheit zu handeln. Die Organisation hänge zu sehr von privaten Spendern ab. Was ist dran an diesen Vorwürfen?

Die ZEIT: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates"

Wußten Sie, daß die Agenda der WHO längst von einem Superreichen vorgegeben wird? Das behaupteten die deutsche Zeitung ZEIT und der Sender ARTE in seiner Dokumentation "Die WHO: Im Griff der Lobbyisten". ... Die 194 Mitgliedsländer zahlen Pflichtbeiträge. Die WHO kann frei entscheiden, was sie damit macht. Doch das ist nicht mal ein Viertel des Gesamtbudgets.

Der Großteil besteht aus Spenden von finanzstarken Ländern wie den USA, Großbritannien oder Japan, aber kommt auch von Stiftungen und anderen Organisationen. Ganz vorne mit dabei: Die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung als zweitgrößter Geldgeber der WHO hinter den USA. Die von Gates aufgebaute Impfallianz GAVI (siehe S. 7 f.) ist bei den Geldgebern an vierter Stelle.

Deshalb kommt die deutsche Wochenzeitung ZEIT zu dem Schluß: "Der heimliche WHO-Chef heißt Bill Gates", so der Titel eines Artikels. "Die wichtigste Organisation der Weltgesundheit, die WHO, hat ein Problem: Sie ist pleite und deshalb auf Spenden angewiesen. Verliert sie darüber ihre Unabhängigkeit?" David McCoy, einer der führenden Experten im Bereich Weltgesundheit, wird von der ZEIT als Experte herangezogen. Er sagt, die Agenda der

WHO werde immer mehr von privaten Spendern bestimmt, vor allem von Bill Gates. Würde die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung aufhören, jährlich Millionen US-Dollar nach Genf zu schicken, würde die WHO womöglich in sich zusammenfallen. Entsprechend großen Einfluß habe der Milliardär auf das inhaltliche Programm.

Was sagt das über die Glaubwürdigkeit der WHO, wenn einer der reichsten Menschen der Welt sie anscheinend als sein persönliches Werkzeug einsetzen kann? Aus Gates' Steuererklärung von 2014 gehen übrigens Investitionen in Pharmaunternehmen wie Novartis und GlaxoSmithKline klar hervor. Wenn die WHO den UN-Staaten empfiehlt, Medikamente und Impfstoffe einzukaufen (siehe S. 14 ff.), wird demnach auch der schon prall gefüllte Geldbeutel von Bill Gates noch etwas dicker. Sollte man die empfohlenen Maßnahmen dieser laut ZEIT fremdgesteuerten Behörde nicht mit höchster Vorsicht genießen?

"Das Überleben der Menschheit hängt von dieser Organisation ab. Wir sind darauf angewiesen, daß sie optimal funktioniert, aber das ist ganz und gar nicht der Fall."

Corinne Lepage, ehemalige französische Umweltministerin über die WHO.

(Tilman Knechtel)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über den deutschen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn (x356/11): >>**Gesundheitsminister Jens Spahn; Ein Pharmalobbyist?**

Wer ist eigentlich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU)?

Spahn sei nur "im Nebenjob Abgeordneter", schrieb das Magazin Focus schon am 4. Dezember 2012, als Spahn noch nicht Gesundheitsminister war. Und: "Der 32-jährige Politologe, der vielen in der CDU schon als kommender Gesundheitsminister gilt, verdiente über ein diskretes Firmenkonstrukt heimlich an intensiver Lobbyarbeit für die Gesundheitsindustrie." Siehe da!"

Mit seinen Freunden Markus Jasper und Max Müller gründete Spahn bereits im April 2006 eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Der gehörte die Agentur Politas, die schwerpunktmäßig Klienten aus dem Medizin- und Pharmasektor berät. Jasper, 38, ist ein Vertrauter Spahns aus Jugendtagen bei der Jungen Union. Müller ist ein gut verdrahteter Lobbyist, der für den Pharmagroßhändler Celesio und für die Rhön-Kliniken tätig war." Später wurde Müller Vorstand der Online-Apotheke DocMorris.

Als Politiker entwickelte Spahn also "die neuesten Gesetze und Reformen im Gesundheitsbereich, während sein Kompagnon Müller die Kunden aus der Gesundheitsbranche in Echtzeit hätte informieren und beraten können. ... Daß Volksvertreter Spahn sein Mandat als Gesundheitspolitiker profitabel für Beratungshonorare aus der Gesundheitsindustrie einsetzte, war ihm offenkundig bewußt, denn er verschleierte seine Beteiligung an der Lobbyfirma", schrieb Focus. Nicht doch: "Einen Interessenkonflikt hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben", wird Spahn von dem Magazin zitiert.

Focus widersprach: "Das ist schwer zu glauben. Seit 2005 kümmerte sich Spahn an wichtigen Stellen im Parlament um Gesundheitspolitik." Im Mai 2010 will Spahn seine Politas-Anteile zwar verkauft haben: "Er habe den Eindruck eines möglichen Interessenkonflikts vermeiden wollen, lautet die Begründung."

Wer nachhakte, schaute jedoch in die Röhre: "Spahn schickte uns damals eine Stellungnahme zu dem Focus-Artikel zu", schrieb der Verein Lobby Control, "aber die Stellungnahme ließ wichtige Fragen offen. Wir haben Spahn eine Reihe von Nachfragen geschickt - aber bis heute keine Antwort erhalten".

Jens Spahn stellte als Bundestagsabgeordneter schon in sehr jungen Jahren seine Dienste einer Lobbyfirma zur Verfügung, an der er zudem beteiligt war. Er war ein Pharmalobbyist! Wie kommt es, daß ausgerechnet er zum Gesundheitsminister Deutschlands wurde? Sollten nicht eigentlich die besten der besten, die ehrlichsten der ehrlichsten und die am wenigsten in Lobbyismus verstrickten Personen diese Ämter übernehmen?

(Gerhard Wisnewski/Tilman Knechtel)<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/24-26): >>Wie tödlich ist das "Corona-Virus"?

Wenn ein gefährliches Virus durch Europa wütet, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, daß sich dadurch die Gesamttodeszahlen in Europa extrem erhöhen müssen. Das ist für jeden zu begreifen. Warum sollte man radikale Maßnahmen wie Ausgangssperren durchsetzen, wenn keine klar höhere Sterblichkeit festzustellen ist? Das wäre Irrsinn.

Am 7. Januar 2020 wurde laut offiziellen Verlautbarungen das neue Corona-Virus (SARS-CoV-2) in China entdeckt. Studien bestätigen mittlerweile allerdings, daß das Virus schon Monate vorher zirkulierte. Das österreichische Nachrichten-Portal "die Presse" erklärt:

Forscher der ETH Zürich und ein Forschungsteam der Universität Mailand gehen inzwischen davon aus, daß das Virus bereits im Oktober-November 2019 angefangen hatte, zu zirkulieren, und nicht wie zunächst angenommen erst im Dezember.

Diese Studien gehen davon aus, daß COVID-19 erst im Laufe der Zeit sein hohes Ansteckungspotential entwickelt hatte, doch nichtsdestotrotz hatte das Virus damit eigentlich mehr als genug Zeit, sich ungehindert verbreiten zu können. Man muß bedenken, daß sich eine infizierte Person, die Symptome entwickelt wie etwa Hustenreiz, bereits in einem fortgeschrittenen Krankheitsstadium befindet. Bereits Tage - ja sogar Wochen - bevor sich die Krankheit überhaupt bemerkbar macht, gilt der infizierte Mensch als potentieller Überträger. Der Lock-down kam also in jedem Fall zu spät.

Hätte das Virus bei einer Inkubationszeit (Zeit zwischen Infektion mit einem Krankheitserreger und dem Auftreten der ersten Symptome) von gerade einmal zwei bis zehn Tagen nicht schon früh im Winter 2019/2020 für hohe Todeszahlen auf der ganzen Welt sorgen müssen?

Die Gesamtmortalität in Europa lag allerdings monatelang im Normalbereich oder sogar darunter, obwohl COVID-19 Europa gemäß neuester Erkenntnisse längst erreicht hatte. Eine erhöhte Mortalität hätte frühzeitig im europäischen Monitoring (EuroMOMO) sichtbar werden müssen, doch diese war lange nicht festzustellen.

Erst Ende Februar 2020 wurde ein kurzzeitiger, mittlerweile wohl wieder zurückgehender Anstieg der Gesamttodeszahlen in Europa erkennbar. Inwieweit man diesen Anstieg einem gefährlichen Virus zurechnen kann, steht zur Debatte. Zahlreiche andere Faktoren (siehe S.32 ff.), vor allem die eingeleiteten Maßnahmen, müßten ebenso berücksichtigt werden. Fakt ist: Auch die erhöhten allgemeinen Todeszahlen Ende Februar 2020 überschritten die vom Winter 2016/2017 nicht. Diese Zeit erhöhter Mortalität ging damals von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vonstatten.

Es ist schwer nachzuvollziehen, wie ähnliche Ziffern heute einen europaweiten Shutdown rechtfertigen. Ob dieses Hoch, auf das ganze Jahr gerechnet, eine Rolle spielen wird, ist noch unklar. Der deutsche Virologe Hendrik Streeck vermutete in einem Interview Mitte März, daß COVID-19 die Gesamtsterblichkeit in Deutschland nicht erhöhen werde, die normalerweise bei rund 2.500 Personen pro Tag liege. Streeck erwähnte den Fall eines 78 Jahre alten Mannes mit Vorerkrankungen, der an einem Herzversagen starb, nachträglich positiv auf COVID-19 getestet und deshalb in die Statistik der COVID-19-Todesfälle aufgenommen wurde.

"Der europäische 'Mortalitäts-Monitor', an den wöchentlich alle Sterbefälle gemeldet werden, zeigt sogar momentan eine Untersterblichkeit an. Auch der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser ist ausgeblieben. Es fehlen somit belastbare Daten, die die Schwere der Eingriffe rechtfertigen."

Professor Dr. Stefan Homburg, Direktor des Instituts für öffentliche Finanzen an der Leibniz-Universität in Hannover, am 02.04.2020, als die Daten noch keine Übersterblichkeit anzeigten, Maßnahmen jedoch bereits durchgesetzt wurden.

Harmloser als eine Grippe?

Eine epidemiologische Studie aus Japan kam zu dem Ergebnis, daß die Mortalität bei CO-

VID-19-Patienten selbst in der chinesischen Stadt Wuhan bei nur 0,04 % bis 0,12 % gelegen habe und somit eher geringer sei als bei der saisonalen Grippe, deren Todesrate bei ca. 0,1 % liegt. Als Grund für die offenbar stark überschätzte Tödlichkeit von COVID-19 vermuten die Forscher, daß in Wuhan ursprünglich nur die schwereren Fälle erfaßt worden seien, die Krankheit bei vielen Personen jedoch symptomlos oder mild verlief.

Eine neue französische Studie mit dem Titel "SARS-CoV-2: Angst versus Daten" schlußfolgerte, daß "das Problem durch SARS-CoV-2 vermutlich überschätzt wird", da sich "die Mortalität von SARS-CoV-2 nicht wesentlich unterscheidet von gewöhnlichen Coronaviren (Erkältungsviren), die in einem Krankenhaus in Frankreich untersucht wurden". Diese "Coronaviren" kommen jedes Jahr vor und werden bei Erkältungen regelmäßig entdeckt, sind also nichts Besonderes und vor allem nichts besonders Gefährliches.

Laut Stanford-Professor John P. A. Ioannidis gibt es für die derzeit beschlossenen Maßnahmen keine ausreichende medizinische Datengrundlage. Das neue Coronavirus sei womöglich selbst bei älteren Personen nicht gefährlicher als einige der üblichen Corona-Viren. Er zeigte anhand der Daten des Kreuzfahrtschiffes Diamond Princess, daß die alterskorrigierte Letalität (Anteil der Verstorbenen unter den Erkrankten) von COVID-19 bei 0,025 % bis 0,625 % liegt, das heißt im Bereich einer starken Erkältung oder einer Grippe.

Eine erhöhte Sterblichkeit Ende Februar 2020 ist auch in Schweden feststellbar, das auf die extremen "Schutz-Maßnahmen" wie im Rest Europas verzichtete. Würde man davon ausgehen, daß COVID-19 den Hauptfaktor für die Übersterblichkeit darstellt, dann müßte man auch feststellen, daß die europaweite Lockdown-Politik relativ nutzlos war, da die Todeszahlen in den meisten Ländern mit Lockdown genauso anstiegen wie in Schweden.

Rechtsmediziner: "Ohne Vorerkrankung ist in Hamburg an Covid-19 noch keiner gestorben"

Schlagzeile der Hamburger Morgenpost vom 06.04.2020. Aussage des Hamburger Rechtsmediziners Püschel, der mittlerweile schon über 100 positiv auf Corona getestete Verstorbene untersucht hat.

"Dieses Virus beeinflusst in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, daß sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit bemerkbar machen wird."

Prof. Dr. Klaus Püschel, Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin

Der deutsche Immunologe und Toxikologe Professor Stefan Hockertz erklärte in einem Interview, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als die Influenza (Grippe), sondern nur viel genauer beobachtet werde. Gefährlicher als das Virus seien die Angst und die Panik, die durch die Medien ausgelöst wurden, sowie die "autoritäre Reaktion" vieler Regierungen. Er betonte zudem, daß viele der angeblichen "Corona-Toten" in Wirklichkeit an anderen Erkrankungen gestorben und zusätzlich positiv auf Corona-Viren getestet worden seien. Hockertz vermutete, daß bis zu zehnmal mehr Personen als berichtet COVID-19 bereits gehabt, davon indes kaum etwas bemerkt hätten.

Der argentinische Virologe und Biochemiker Pablo Goldschmidt erklärte ebenfalls, daß COVID-19 nicht gefährlicher sei als eine starke Erkältung oder die Grippe. Es sei sogar möglich, daß der COVID-19-Erreger bereits in früheren Jahren zirkulierte, aber nicht entdeckt worden war, da man nicht nach ihm gesucht hatte. Dr. Goldschmidt sprach von einem "globalen Terror", der durch Medien und Politik erzeugt worden sei. Jedes Jahr würden weltweit drei Millionen Neugeborene und 50.000 Erwachsene allein in den USA an einer Lungenentzündung sterben.

Der renommierte italienische Virologe Giulio Tarro argumentierte, daß die Mortalität von COVID-19 auch in Italien bei unter 1 % liege und damit vergleichbar mit der Grippe sei. Die

höheren Werte ergäben sich nur, weil nicht zwischen Todesfällen mit und durch COVID-19 (siehe S. 32 ff.) unterschieden werde, und weil die Anzahl der (symptomfreien) Infizierten stark unterschätzt werde.

Virologie-Professor Dr. Carsten Scheller von der Universität Würzburg erklärte in einem Podcast, daß Corona durchaus mit der Influenza vergleichbar sei und bisher sogar zu weniger Todesfällen geführt habe. Er vermutete, daß die in den Medien oft dargestellten Exponentialkurven eher mit der zunehmenden Anzahl an Tests zu tun haben könnten als mit einer ungewöhnlichen Ausbreitung des Virus selbst.

Auch was die Ansteckungsgefahr angeht, ist der Corona-Virus eher harmlos: In einem neuen Faktenblatt schreibt die WHO, daß sich COVID-19 nach bisherigen Erkenntnissen langsamer als die Influenza verbreite (um circa 50 %), und daß die vorsymptomatische Übertragung von COVID-19 wesentlich niedriger liege als bei der Influenza. Großbritannien hat COVID-19 übrigens inzwischen von der Liste der gefährlichen Infektionskrankheiten entfernt, da die Mortalitätsrate "insgesamt niedrig" liege.

"(Unser Artikel) kommt zu dem Schluß, daß das Problem von SARS-CoV-2 wahrscheinlich überschätzt wird, da jedes Jahr 2,6 Millionen Menschen an Atemwegsinfektionen sterben, verglichen mit weniger als 4.000 Todesfällen bei SARS-CoV-2 zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels."

Die französischen Wissenschaftler Yanis Roussel, Audrey Giraud-Gatineau, Marie-Thérèse Jimenoe, Jean-Marc Rolain, Christine Zandotti, Philippe Colson und Didier Raoult in einem Beitrag zur "Corona-Krise"

*Forscher der US-Elite-Uni Stanford behaupten: **Corona ist nicht gefährlicher als eine Grippe!***

Schlagzeile bei Blick-Online am 21.04.2020

"Sie haben eine Infektion, die etwas ernster ist als eine Grippe mit einer tödlichen Pandemie verwechselt. ... Dieser Wahnsinn wird noch sehr wehtun. Vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht."

Prof. Dr. Maria Rita Gismondo, Virologin aus Italien und Direktorin eines biomedizinischen Instituts in Mailand, über "Corona" ...<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**

Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.

In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten. Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbstzerstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.

Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:

1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald angeblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?

2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und

sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?

3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?

4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?

5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien.

Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?

"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."

Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. (Tilman Knechtel)<<

Nach der Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise und der Klimakrise brach Ende 2019 in China die sog. "Corona-Krise" aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief danach am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Infolge der Ausrufung des weltweiten Corona-Pandemie-Notstands wurde sehr schnell fast die gesamte Weltwirtschaft lahmgelegt. Viele Regierungen nutzten die systematische Erzeugung von Angst gewissenlos als Herrschaftsinstrument. Sie hoben sofort die verfassungsmäßigen Grundrechte ihrer Bürger auf und weiteten gleichzeitig ihre eigene Macht kurzerhand enorm aus. Die staatlichen Destabilisierungsmaßnahmen führten sehr schnell in allen Ländern zur Instabilität der sozialen und wirtschaftlichen Lage.

In Deutschland setzten die "Corona-Notverordnungen" seit März 2020 wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft, wie z.B. Bewegungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und weitere persönliche Freiheiten. Im Rahmen des Gesundheitsnotstands wurden wegen der vermeintlich gefährlichen "Corona-Pandemie" spezielle private Unternehmen, Geschäfte und öffentliche Institutionen vorübergehend geschlossen sowie Versammlungsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht und weitere "Schutzmaßnahmen" verhängt.

Die politisch inszenierte weltweite Corona-Pandemie bestätigt derzeit, daß die Politik und die Propagandamedien die deutsche Bevölkerung vollständig im Griff haben. Eigentlich geht es zunächst vor allem darum, die angestrebte nationale und internationale Neuverschuldung durchzusetzen sowie zu testen, welche Maßnahmen man den Menschen im Rahmen der geplanten Neuen Weltordnung zumuten kann.

Die hinterlistige Corona-Politik und die unfassbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land wahrscheinlich in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen. Tausende von Unternehmen stehen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm.